

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

sehr geehrter Herr Bürgermeister,

sehr geehrte Damen und Herren,

hinter uns liegt ein ereignisreiches Jahr. Es soll aber niemand befürchten, ich würde die heutige Gelegenheit nutzen, auf Vergangenes einzugehen. Ich glaube, dass die hinter uns liegenden Ereignisse ausreichend erörtert wurden und Neues hierzu nicht angebracht werden kann. Die Vergangenheit hat auch Fakten geschaffen, die weitgehend unabänderlich sind. Beschäftigen wir uns also mit dem, was uns heute bewegt und der Zukunft.

Nach den Veröffentlichungen des Deutschen Städtetages wird 2011 erneut ein wirtschaftlich schweres Jahr für die Kommunen. 10 Milliarden Euro werden den Kommunen am Ende des Jahres fehlen. Die Gründe dafür sind vielfältig; sicher ist hier der wirtschaftliche Einbruch des Jahres 2009 zu nennen, von dem wir uns immer noch nicht vollständig erholt haben. Es gibt aber auch weitere, strukturelle Gründe, die dafür verantwortlich sind, dass es den Gemeinden schlechter geht. Zum einen wurde die Berechnungsgrundlage für die Gewerbesteuer (aus Sicht der Kommunen) verschlechtert, zum andern wurden den Kommunen sowohl durch das Land aber auch durch den Bund neue Aufgaben übertragen – ich nenne hier vor Allem die Kleinkinderbetreuung - ohne dass für diese neuen Aufgaben auch neue Mittel in der erforderlichen Höhe zur Verfügung gestellt wurden. Sie sehen dies sehr deutlich in unserem kommunalen Haushalt; betrogen die städtischen Zuschüsse für Kinderbetreuung z.B. im Jahr 2006 ca. 2,4 Mio. €, sind im Haushalt 2011 unter demselben Abschnitt bereits Zuschüsse von 4,5 Mio. € ausgewiesen. In diesem Betrag sind nicht einmal alle Aufwendungen enthalten, die wir als Stadt für diesen wichtigen Bereich leisten müssen. Wir befinden uns also in einer Situation, in der zum einen die Kosten für neue Aufgaben übernommen werden müssen, zum Anderen sich die Einnahmeseite verschlechtert.

Die Hoffnung, dass der Bund oder das Land ein Einsehen haben und die Kommunen entweder wirtschaftlich stärken oder von Aufgaben entlasten, ist nicht begründet. Bund und Land können dies schlichtweg nicht, ihnen fehlen selbst die Mittel. Ein wesentlicher Faktor dabei spielt der Schuldendienst, den Bund und Land zu leisten haben und der wesentliche Teile der Einnahmen aufzehrt.

Ich weise deshalb auf diesen Umstand besonders hin, weil ich verhindern will, dass wir in Ettlingen dieselben Fehler machen, wie sie in Bundes- und Länderhaushalten in den vergangenen Jahren gemacht wurden.

Den Glauben, dass allein die anziehende Konjunktur die Ertragssituation unserer Stadt wieder so verbessern wird, dass wir dadurch unseren Haushalt ausgleichen können, halte ich für unbegründet. Zwar bin ich, was die wirtschaftliche Entwicklung der Bundesrepublik und speziell uns in Ettlingen angeht, ebenso optimistisch wie sicherlich die meisten unserer Bürger, nur wachsen gleichzeitig auch die Aufgaben, die uns als Stadt übertragen werden. Ich halte es daher für ausgeschlossen, dass quasi von allein wieder die Zustände entstehen, in denen wir 25 Mio. € mehr eingenommen haben als wir ausgegeben haben und hierdurch unsere Rücklage stärken konnten. Die Zeiten haben sich gewandelt und wir sind gefordert darauf zu reagieren; darauf zu warten, dass es wieder so wird wie früher ist aus meiner Sicht eine fatale Fehlentscheidung.

Was müssen wir vor diesem Hintergrund tun? Etwa die Schlossfestspiele abschaffen? Die Musikschule, das Museum schließen? Die Stadtbibliothek und die Volkshochschule auf ein Minimum zurückführen? Auf den Klavierwettbewerb verzichten?

Solche Forderungen, wie Sie vor allem von einer Gruppe im Rat immer wieder vorgebracht werden, unterstützen wir nicht. Ein kultureller Kahlschlag mag kurzfristig die wirtschaftliche Situation verbessern, mittel- und langfristig führt er zum Niedergang der Stadt. Ettlingen muss sich heute weniger Sorgen um einen Einwohnerschwund machen, als die meisten anderen Städte. Das liegt nicht nur daran, dass wir eine schöne Altstadt haben, das Tor zum Nordschwarzwald sind und man in Ettlingen sehr schön wohnt; das liegt auch an der Atmosphäre dieser Stadt, an ihren Leistungsangeboten und an dem Klima, welches die Menschen untereinander haben. Dazu leistet die Kultur einen ganz wesentlichen Beitrag. Ettlingen würde ohne Kultur veröden, würde langweilig und an Attraktivität verlieren. Denken Sie nur an das reichhaltige Angebot der Gastronomie in Ettlingen; ohne Schlossfestspiele, ohne unsere zahlreichen kulturellen Veranstaltungen wären die meisten gastronomischen Betriebe nicht wirtschaftlich zu führen, wäre an den Sommerabenden so wenig Leben in der Stadt, wie an einem tristen Novemberabend.

Es ist für uns auch nicht sinnvoll, auf die Schlossfestspiele während des Schlossumbaus zu verzichten. Es ist zum einen bereits nicht möglich, die Kosten in einem Jahr auf „0“ herunterzufahren, und im nächsten Jahr die gleiche Qualität zu bieten. Und wollen wir Mitarbeitern sagen, „in diesem Jahr beschäftigen wir Sie nicht, Sie können im nächsten Jahr aber wieder gerne bei uns arbeiten“? Glaubt ernsthaft jemand, dass, wenn die Schlossfestspiele in einem Jahr nicht stattfinden, unsere auswärtigen Besucher im nächsten Jahr wieder kommen? Wir glauben, dass dem nicht so ist und halten daher auch in diesem Jahr an den Schlossfestspielen fest.

Wir sehen unsere Aufgabe in diesem Gemeinderat darin, dafür zu sorgen, dass wir unser Angebot an Bildung, an Kultur und an Atmosphäre in der Stadt aufrechterhalten. Dieses Ziel zu verfolgen bedeutet aber nicht, neuen Ideen und Veränderungen gegenüber nicht aufgeschlossen zu sein. Kultur lebt vom Wandel, stirbt aber sehr schnell vom Nichtstun.

Die Notwendigkeit des Wandels sollte auch den Haushalt beherrschen. Nicht der Grundsatz, dass wir das so machen, wie wir das schon immer gemacht haben, sollte unser Handeln bestimmen, sondern der Wille zur Verbesserung sollte im Vordergrund stehen.

Diesem Anspruch wird unser Haushalt nicht in dem Maße gerecht, wie wir uns das wünschen und es uns auch vorstellen können.

Lassen Sie mich hierzu an erster Stelle die Diskussion um das Mehrgenerationenhaus nennen. Dieses Projekt ist für uns ein Beispiel, wie ineffektiv unsere Haushaltsgestaltung ist.

Seit 2005 wird das Projekt – angestoßen von der damaligen BM Frau Petzold-Schick – diskutiert. Nur um Beispiele zu nennen: 2006 wird im Haushalt eine Planungsrate von 20.000 € und eine Verpflichtungsermächtigung von 150 TE angesetzt. Im Haushalt 2008 finden wir einen Ansatz von immerhin 300 t€ in 2009 nichts, in 2011 ist jetzt wieder eine Verpflichtungsermächtigung von 500 T€ zu finden. Man muss kein Hellseher sein um zu erkennen, dass auch in 2011 erneut nichts passieren wird.

Nur am Rande: in 2011 wird der Haushaltstitel für das Projekt gewechselt. Das Projekt heißt jetzt Mehrgenerationenhaus und nicht mehr wie vorher „Familienzentrum“. Das hat den Effekt, dass im Haushaltsplan die Vorjahresansätze nicht mehr sichtbar sind, weil, diesen Titel gab es ja vorher nicht. Ein Schelm, der dabei denkt, dahinter stünde die Absicht, die Vergangenheit dieses Projektes intransparent zu machen.

Was ist das Ergebnis einer solchen Vorgehensweise? Planungskosten werden umsonst verausgabt, erhebliche Mitarbeiterkapazitäten werden im Projekt ohne jegliche sichtbare Ergebnisse gebunden, die Caritas, die die Flächen neben dem Albert-Stehlin-Haus betriebswirtschaftlich dringend benötigt ist seit Jahren blockiert, die Ehrenamtlichen vom EFF EFF werden, ebenso wie der Tageselternverein, die Aktiven vom Kaffeehäusle hingehalten und immer wieder durch die Haushaltsansätze in den Irrglauben versetzt, es werde irgendetwas geschehen, das Projekt würde jetzt (endlich) realisiert.

Meine Damen und Herren, so kann man weder mit unseren städtischen Ressourcen Geld und Mitarbeiterereinsatz, noch mit wichtigen städtischen Einrichtungen oder mit dem Engagement Ehrenamtlicher umgehen.

Wir von FE meinen, dass zuerst eine grundsätzliche Entscheidung des Gemeinderates hätte eingeholt werden müssen, wollen wir das Projekt Mehrgenerationenhaus, ja oder nein.

In einem zweiten Schritt hätte die Frage geklärt werden müssen, welche Größenordnung an Mitteln brauchen wir dafür, wie sehen die Folgekosten aus.

Danach hätte entschieden werden müssen, wann wir glauben diese Mittel zu haben.

Wenn das kurzfristig der Fall ist, kann man mit den übrigen Beteiligten verhandeln und nachdem konkrete Ergebnisse vorliegen mit einer Planung beginnen.

Diese Planung kann dann aber kein Selbstzweck sein, sondern muss die Grundlage für das wirklich durchgeführte Projekt werden.

Wenn man zum Ergebnis kommt, dass wir uns das Projekt nicht leisten können oder vielleicht nur in der Zukunft leisten können, muss man den Mut haben, dies auch öffentlich zu bekennen. Man muss bereit sein, den Menschen zu erklären, dass andere Präferenzen gesetzt wurden (z.B. der Schlossumbau mit Tieferlegung des Erdgeschosses) und ihr Projekt eben dahinter zurückstehen muss.

Dann wäre aber zu prüfen, ob es gerechtfertigt ist, die Caritas und das Albert—Stehlin-Haus mit ihrem Erweiterungsbau auf die „lange Bank zu schieben“.

Was wir hier in Ettlingen mit dem Mehrgenerationenhaus machen, hat eher den Charakter einer Echternacher Springprozession mit einer sehr aufwendigen Dekoration denn den, eines kostenbewussten und effektiven Verwaltungshandelns.

Wir von FE hatten daher beantragt, die Verpflichtungsermächtigung für das Mehrgenerationenhaus im diesjährigen Haushalt zu streichen; nicht weil wir das Projekt nicht wollen, sondern weil wir erreichen wollten, dass statt unnötiger Aufwendungen für Augenwischerei und Hinhaltenaktik konkret über das Projekt diskutiert wird.

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang auf die immer wieder gehörte Erklärung der Verwaltung eingehen, der Gemeinderat beschließe den Haushalt und die Verwaltung sei insoweit nur ausführendes Organ. Dabei handelt es sich um einen sehr durchsichtigen Versuch, die Verantwortung für eigenes Handeln einem anderen zuzuweisen. Die Mitglieder des Gemeinderates kennen weder den Verhandlungsstand mit den beteiligten Trägern im erforderlichen Umfang, sie können nicht vorplanen, sie können nicht die Kosten eines Projektes oder gar die Folgekosten einer Einrichtung ermitteln. Solche Vorarbeiten muss die Verwaltung erledigen. Die Verwaltung muss unter Berücksichtigung dieser Vorgaben den Haushaltsentwurf erstellen, der Gemeinderat kann nur Änderungen an dem von der Verwaltung vorgelegten Haushalt vornehmen. Wenn z.B. das Projekt „Mehrgenerationenhaus“ nicht weiter ist, als

dies derzeit der Fall ist, können wir im Gemeinderat nicht beschließen, „es wird gebaut“.

Ein ähnliches Verhalten zeichnet sich auch im Projekt „Ortsteilentwicklung Oberweier“ ab.

Hier waren 30 T€ im Haushaltsvorschlag der Verwaltung eingestellt, der Gemeinderat hat den Ansatz auf 20.000 € gemindert; dies nicht weil der Gemeinderat das Geld nicht ausgeben will, sondern weil der Gemeinderat zutreffend der Meinung ist, dass das Planungsamt einen Teil der Leistungen selber erbringen kann.

Das ist aber nur ein Teil des Problems. Auch bei diesem Projekt ist zu erwarten, dass Planungsleistungen, gleich ob sie zugekauft werden oder vom Planungsamt erbracht werden, letztlich ineffektiv sind. Solange dem Planer oder dem Planungsamt nicht ein klarer Auftrag erteilt wird, was wir wollen, welche Ziele wir im Einzelnen verfolgen, bleibt ein solches Gutachten schlichter Aktivismus ohne konkrete Folgen. Der Zweck der Maßnahme besteht dann letztlich auch nur darin, den Beteiligten den Eindruck zu vermitteln, dass man sich mit ihren Problemen auseinandersetze und nicht in einer wirklichen Arbeit zur Lösung der anstehenden Aufgaben.

Ein ähnliches Verhalten finden wir auch im Bereich des Umweltschutzes. Im Haushaltsvorschlag der Verwaltung war ein Zuschussbedarf von 247.000 € für diesen Bereich vorgesehen. Davon entfielen letztlich nur 25.000 € auf Umweltschutzmaßnahmen. Der Restbetrag war für Verwaltungskosten, Gutachten, Energiekonzepte und Berichte vorgesehen. Auch wenn der Gemeinderat in den Haushaltsberatungen diese Aufwendungen gemindert hat, bleibt doch die klare Feststellung, dass der Aufwand für tatsächlich durchgeführte Maßnahmen in einem klaren Missverhältnis zu den Kosten der Papiere und Untersuchungen, die in diesem Zusammenhang für sehr viel Geld erstellt werden, steht. Wenn wir uns entschieden hätten, die zahlreichen Anregungen, die aus der Vergangenheit bereits vorliegen, Stück für Stück umzusetzen hätten wir mehr konkretes für unsere Umwelt getan, als dies jetzt der Fall ist.

Daneben gibt es in unserm Haushalt Bereiche, bei denen bei uns der Eindruck entstanden ist, die Verwaltung sieht einer Kostenentwicklung untätig zu. Lassen Sie mich hier als Beispiel den Weihnachtsmarkt nennen.

Um jede Missdeutung auszuschließen:

Wir halten den Weihnachtsmarkt für eine wichtige Einrichtung, deren Fortbestand nötig ist und die in der Advents- und Weihnachtszeit unser Stadtbild bereichert. Nur dass der Haushaltsansatz für den Zuschussbedarf von ca. 35 T€ im Jahre 2007 auf 84 T€ im Jahre 2011 sich mehr als verdoppelt hat, ist aus unserer Sicht nicht hin-

nehmbar. Wir sehen in den vergangenen Jahren auch keine Qualitätsverbesserung, die diese Mehrkosten rechtfertigt. Wenn diese Entwicklung weitergeht, werden wir in absehbarer Zeit darüber diskutieren, ob wir uns den Weihnachtsmarkt noch leisten können. Hätten wir in den vergangenen Jahren einen Schwerpunkt darauf gesetzt, dass der Zuschussbetrag stabil bleibt, entweder durch kostenbewusstes Handeln der Verwaltung oder – wenn Kostensteigerungen unvermeidbar sind oder von den Beschickern gewollt sind – auf eine moderate Anpassung der Standmieten geachtet, wäre unsere Ausgangsposition heute besser. Es kann aus unserer Sicht nicht angehen, dass zahlreiche Beschicker auf dem Weihnachtsmarkt – sicherlich zu Recht – einen ordentlichen Überschuss erwirtschaften und auch versuchen, diesen jährlich (auch über Preis Anpassungen) zu steigern aber wir als Stadt einseitig unseren Kostenbeitrag erhöhen müssen.

Ein weiteres Beispiel für einen zu großzügigen Umgang mit unseren Mitteln findet sich im Bereich des neuen Feuerwehrhauses. Mit Erstaunen haben wir davon Kenntnis genommen, dass die Verwaltung für die Pflege der Außenanlagen des neuen Feuerwehrhauses und das Schneeräumen jährlich Mittel von rund 19 T€ aufwenden wollte. Wir erinnern uns alle noch daran, wie umstritten die Frage war, „neues Feuerwehrhaus oder nur Neubau des Sonnensaales und Ertüchtigung des alten Gebäudes“. In diesem Zusammenhang war bei der Neubauvariante von den Folgekosten für die Pflege von Außenanlagen und für Schneeräumen nie die Rede. Hat man das Problem nicht gesehen? Wir können jetzt nur hoffen, dass die Verwaltung mit den vom Gemeinderat in den Haushaltsberatungen angesetzten geringeren Beträgen auskommt, wobei schon der Hinweis erlaubt sein muss, dass die Prüfung von Kosteneinsparungen bei Verwaltungsabläufen nicht unbedingt Aufgabe des Gemeinderates ist.

Meine Damen und Herren, wir können heute nur Beispiele nennen bei denen nach unserer Auffassung mit unseren kommunalen Mitteln nicht ausreichend sorgsam und effizient umgegangen wird. In viele Einzelheiten haben wir keinen ausreichenden Einblick und können uns als Ehrenamtliche diesen auch nicht mit zumutbaren Mitteln verschaffen.

Die Folge der unnötigen Verwendung von Mitteln ist, dass sie bei anderen Aufgaben fehlen; die schlichte Weisheit, dass jeder Euro nur einmal ausgegeben werden kann, gilt auch für die kommunalen Finanzen. Schulden zu machen, um laufende Ausgaben zu decken, kann und darf keine Alternative sein.

Die einzige Alternative besteht darin, an anderen Stellen zu sparen. Wir hatten daher den Antrag gestellt, die Mittel für die Befreiung von den Kindergartengebühren bei Familien, in denen gleichzeitig mehrere Kinder den Kindergarten besuchen, zu

mindern. Ab dem neuen Kindergartenjahr sollten nach den unserem Antrag zugrunde liegenden Überlegungen, diese Zuschüsse halbiert werden. Dieser Antrag ist uns besonders schwer gefallen, waren doch wir die Mit Antragsteller, die seinerzeit diese Maßnahme in den Gemeinderat eingebracht haben. Wir halten die Beitragsbefreiung auch heute noch für eine wichtige und richtige Maßnahme um Familien mit Kindern von Kosten, die durch Kinder nun einmal verursacht werden, wenigstens teilweise zu entlasten. Nur: wenn wir die Mittel für eine solche Maßnahme nicht mehr haben, können wir die Maßnahme nicht oder zumindest nur in reduziertem Umfang aufrechterhalten. Wir halten auch wenig davon, die Beitragsbefreiung für die so genannten Mehrkindfamilien „einkommensabhängig“ zu gestalten. Der Prüfungsaufwand für die Einkommensverhältnisse wird unseres Erachtens zu groß. Der Gemeinderat hat in den Haushaltsberatungen diesen Ansatz abgelehnt, wir befürchten jedoch, dass unsere kommunale Finanzlage es unausweichlich machen wird, dass der Gemeinderat sich in absehbarer Zeit wieder mit dem Thema beschäftigt.

Aus den vorher genannten Gründen haben wir auch keine Möglichkeit gesehen, dem Seniorenzentrum einen Personalkostenzuschuss zu bewilligen. Wir bedauern das außerordentlich, wissen wir doch die engagierte ehrenamtliche Arbeit des Seniorenzentrums sehr zu schätzen. Ohne die Arbeit des Seniorenzentrums würde uns in Ettlingen ein wesentlicher Baustein für die Sozialarbeit mit älteren Menschen fehlen. So bleibt uns nur der besondere Dank an diejenigen, die sich in dieser Einrichtung für Andere einsetzen.

Lassen Sie uns auch zu einem anderen Ansatz der in den Haushaltsberatungen gestrichen wurde, Stellung nehmen. Einen Zuschuss von 54.230 € hat die Verwaltung für die Sanierung der „Erfurter Hütte“ im Haushalt angesetzt. Zur Klarstellung: die Erfurter Hütte liegt in den Alpen, im österreichischen Rofengebirge und steht im Eigentum der Sektion Ettlingen des Deutschen Alpenvereins.

Wir in der FE-Fraktion sind uns einig, dass es bei derzeitigen Zustand der kommunalen Finanzen nicht Aufgabe der Stadt Ettlingen sein kann, eine weit von Ettlingen gelegene Schutz- und Wanderhütte, die – was richtig ist – allen Wanderern zur Verfügung steht, mit einem solch erheblichen Betrag zu finanzieren. Nur der Umstand, dass die Ettlinger Sektion des Deutschen Alpenvereins Eigentümer der Hütte ist, kann unseres Erachtens hierfür nicht ausreichen. Wir haben es daher begrüßt, dass in der Sitzung des Verwaltungsausschusses zahlreiche Argumente - nicht zuletzt von der Internetseite der Hütte – vorgetragen werden konnten, dass der Förderantrag verspätet ist und damit abgelehnt werden konnte.

Wie uns die Verwaltung gestern informiert hat, will die Verwaltung den Antrag auf Gewährung der Förderung in der heutigen Sitzung erneut stellen. Dazu wurde uns

als Grundlage eine umfangreiche Aktennotiz des Leiters des Kultur – und Sportamtes übermittelt, in der uns vermittelt werden soll, dass die Antragstellung rechtzeitig erfolgte. Wir sind natürlich überrascht, dass diese Informationen zu den Haushaltsberatungen nicht vorlagen. Wir sind aber vor allem der Meinung, dass unsere momentane Haushaltslage die Förderung dieses Projektes schlichtweg nicht erlaubt. Wir werden daher auch heute bei unserer Ablehnung dieses Haushaltsansatzes bleiben. Wenn die Verwaltung der Auffassung ist, dass wir verpflichtet sind, dem Zuschussantrag zu entsprechen, dann mag die Verwaltung dies zunächst im Ausschuss vortragen und gegebenenfalls nochmal in den Gemeinderat einbringen. Wir ziehen es vor, dieses Thema erneut ausführlich zu behandeln und nötigenfalls einen Nachtragshaushalt zu diesem Punkt zu verabschieden. Eine schnelle Entscheidung unter Berücksichtigung der gestern erhaltenen Vorlage ist uns in Anbetracht der Erheblichkeit des Betrages nicht möglich.

Meine Damen und Herren, wie stellen wir uns als FE-Fraktion zum jetzt vorliegenden Haushalt?

Der Haushalt ist für uns unbefriedigend. Wir sind der Meinung, dass an vielen Stellen Einsparungen möglich wären, ohne dass damit für die Bürger wesentliche Leistungsverluste einhergehen würden. Wir sind auch der Auffassung, dass in diesem Haushalt zahlreiche Ausgabenansätze vorhanden sind, die in dieser Form oder Höhe nicht erforderlich sind. Wir wünschen uns zu bestimmten Themen, wie zu den von mir erwähnten Mehrgenerationenhaus, dass die Themen endlich konkret angegangen werden und tatsächlich entschieden werden. Der Haushalt in der jetzt vorliegenden Form beinhaltet ja nicht den Zwang zur Ausgabe angesetzter Beträge. Der Haushalt gewährt der Verwaltung Möglichkeiten, das Erforderliche für unsere Stadt zu unternehmen, er gewährt auch denen, die Leistungen von unserer Stadt verlangen Sicherheit, dass die Mittel hierfür zur Verfügung stehen.

Der Haushalt in der jetzt vorliegenden Form beinhaltet auch viele Ergebnisse, die die Kollegen im Gemeinderat mit erheblichem zeitlichem Aufwand im Ehrenamt erarbeitet haben. An dieser Stelle möchte ich mich bei allen Kollegen des Gemeinderates für die konstruktive und kollegiale Arbeit an diesem Haushalt bedanken. Wir tragen die gemeinsamen Lösungen und Kompromisse mit und nehmen zur Kenntnis, dass wir als Gemeinderäte manches wohl nicht beeinflussen können. Obwohl wir uns daher sicher sind, dass für Ettlingen mehr möglich gewesen wäre, werden wir dem Haushalt daher zustimmen.

Lassen Sie mich zum Schluss auf den Haushalt des Eigenbetriebes Abwasser eingehen. Sie wissen, dass die FE-Fraktion seit Jahren mit großer Sorge die Entwicklung der Schulden im Abwasser verfolgt. 40 Millionen Euro Schulden im

Abwassereigenbetrieb sind eine große Last für die Stadt. Tilgung und Zinsen auf diese Schulden führen zu hohen Fixkosten. Bei sinkender Abwassereinleitungsmenge kommen wir so zu einer erheblichen Abwassergebühr. Die bei Aufnahme der Schulden unterstellten Abwassermengen sind wesentlich geringer geworden und werden sich in Zukunft eher weiter mindern; dies führt zu einer hohen Gebühr für das Abwasser. Wir meinen daher, dass wir im Bereich Abwasser auf einem falschen Weg sind. Wir sehen, dass die Mehrheit heute dem Abwasserhaushalt zustimmen wird. Die FE-Fraktion wird gegen den Abwasserhaushalt stimmen, weil wir ein Zeichen setzen wollen, dass diese Entwicklung dringend der Veränderung bedarf.